



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23148

Fax: (0221) 221-24088

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 03.04.2019

Niederschrift

über die **27. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 21.09.2017, 15:10 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Michael Frenzel	SPD
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Herr Jörg van Geffen	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Stefan Götz	CDU
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT
Herr Eli Abeke	Integrationsrat
Frau Barbara Röttger- Schulz	Behindertenvertretung

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung	in Vertretung für Frau Buchholz
-----------------------------	--------------------	---------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD
Herr Oliver Krems	SPD
Herr Frank Mühr	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Laurens Wellmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lothar Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Christian Beese	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Frau Isabel Strehle	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Schritfführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	Auf Vorschlag der AfD
Frau Judith Wolter	pro In
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Sascha Korinek	LSVD Ortsverband Köln e.V.
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	auf Vorschlag der SPD
Herr Ilias Uyar	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE

Vorsitzender Kienitz eröffnet die 27. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2014 bis 2020 und begrüßt die Anwesenden und macht auf die vorliegenden Tischvorlagen aufmerksam.

RM Jahn beantragt, den Tagesordnungspunkt 6.1 ohne Votum und ohne Diskussion in den Verkehrsausschuss zu schieben, da ihre Fraktion hierzu noch Beratungsbedarf habe.

RM De Bellis schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 16.1 zurückzustellen, da am 7. November 2017 in der Bezirksvertretung Chorweiler ein interfraktionelles Gespräch stattfinden werde, welches ihres Erachtens noch abzuwarten sei.

RM Sterck möchte wissen, warum alle fünf Beschlussvorlagen zu den Bebauungsplanverfahren durch die Verwaltung zurückgezogen worden seien.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes Müller weist darauf hin, dass die betroffenen Bezirksvertretungen die Angelegenheiten noch nicht beschlossen und Beratungsbedarf angemeldet haben.

Vorsitzender Kienitz stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung; diese wird einstimmig angenommen. Demnach ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung
2068/2017 Beantwortung der Verwaltung
Hier: Beantwortung von mündlichen Nachfragen von RM Frenzel aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.07.17
2489/2017
- 1.2 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln vom 15.05.2017, betreffend AN/0775/2017
Potentiale zur Linderung der Wohnungsnot in Ballungsräumen durch Ergänzung von Quartieren
2395/2017
- 1.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 14.06.2017 betreffend die Aufwertung von Plätzen in den Stadtbezirken
hier: Zwischeninformation über den Sachstand der Beantwortung
AN/0922/2017
2603/2017

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnsiedlung „Im Mönchsfeld“ in Roggendorf/Thenhoven"
AN/1130/2017

3 Anträge

- 3.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!"
AN/0993/2017

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1049/2017

- 3.1.1 Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 13 der GO des Rates
hier: TOP 3.1. AN/0993/2017 und AN 1049/2017 „GAG stärken ...“
AN/1351/2017
- 3.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Neubebauung der Blöcke zwischen Am Hof und Laurenzplatz"
AN/1347/2017
- 3.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 3.2, Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Neubebauung der Blöcke zwischen Am Hof und Laurenzplatz"
AN/1352/2017

4 Stadtplanung - Projekte

- 4.1 Umsetzung Masterplan
- 4.1.1 Der städtebauliche Masterplan für die Innenstadt Köln
hier: Beschlussvorlage für die Weiterentwicklung
2358/2017

5 Allgemeine Vorlagen

- 5.1 Planfeststellungsverfahren für die ICE Neubaustrecke Köln-Rhein/Main - Planfeststellungsabschnitt 13 (Köln-Vingst)
1173/2017
- 5.2 Plangenehmigungsverfahren für die 1. Baustufe des Projekts Elektronisches Stellwerk (ESTW) linke Rheinseite
1768/2017
- 5.3 Planfeststellungsverfahren für die ICE Neubaustrecke Köln-Rhein/Main - Planfeststellungsabschnitt 12 Köln-Kalk
1782/2017
- 5.4 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 18 ff des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) für die ICE Neubaustrecke Köln - Rhein/Main, Planfeststellungsabschnitt 11
2454/2017

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

- 6.1 Durchführung einer Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Ost-West-Achse zwischen Deutzer Brücke und der Universitätsstraße
1101/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Durchführung einer Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Ost-West-Achse zwischen Deutzer Brücke und der Universitätsstraße"
AN/1349/2017

6.2 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln
1120/2017

Beantwortung mündlicher Anfragen betreffend "Gestaltungshandbuch der Stadt Köln"
2804/2017

6.3 Neugestaltung der Domumgebung
Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse
Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung
hier: Konkretisierung der Beschlusslage
1495/2017

6.4 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld;
hier: Vorgaben an die Eigentümerin NRW Urban GmbH & Co. KG zum Grundstücksverkauf gemäß den Richtlinien des Grundstücksfonds NRW
1733/2017

6.5 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK)
Hier: Entfristung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung und Initiativenmanagement im Amt für Stadtentwicklung und Statistik
2020/2017

6.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"
2481/2017

6.7 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk"
2488/2017

6.8 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017
1422/2017

6.9 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Wasseramselweg – Start der Schule bis zum Umzug in den Neubau am benachbarten Interimsstandort Wasseramselweg in anzumietenden Räumlichkeiten zum Schuljahr 2018/19
1711/2017

- 6.10 Beschluss einer Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für das Gebiet der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße
2486/2017

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 214. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Hohenstauferstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven;
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss
0408/2017

- 7.2 216. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Mülheim-Süd und Mülheimer Hafen in Köln-Mülheim;
hier: Stellungnahmen zur den Ergebnissen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Vorgabenbeschluss und Kenntnisnahme der Offenlageabsicht
1338/2017

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

- 9.1 Städtebauliches Planungskonzept
Arbeitstitel: "Nördlich Colonia" in Köln-Neustadt/Nord
Mitteilung über das Ergebnis des Qualifizierungsverfahrens sowie
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
1825/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1354/2017

Änderungsantrag der Gruppe GUT
AN/1353/2017

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

- 10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Hermes Logistik-Center Hansestraße" in Köln-Rath/Heumar und -Porz-Gremberghoven
1810/2017
- 10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
2278/2017
- 10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Geschäfts- und Wohngebäude Ehrenfeldgürtel 125 in Köln-Ehrenfeld
2417/2017
- 10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Alsdorfer Straße 7 bis 9 in Köln-Braunsfeld/-Ehrenfeld
4258/2016
- 10.5 Damiansweg in Köln-Volkhoven/Weiler; Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
2467/2017

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend der Änderung des Bebauungsplanes 77349/04
Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 4. Änderung
2621/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 13.1, Beschluss über die Einleitung betreffend der Änderung des Bebauungsplanes 77349/04, Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 4. Änderung AN/1348/2017

- 13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend der Änderung des Bebauungsplanes 76390/02
Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung 2622/2017

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

- 14.1 Beschluss über die Teilaufhebung und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanes Nummer 63429/06
Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz 2295/2017
- 14.2 Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 70451/03 - Einleitungsbeschluss- ;
Arbeitstitel: MHD Gelände in Köln-Kalk 2408/2017

15 Sonstige Satzungen

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau 2298/2017

17 Mitteilungen

- 17.1 Kostensteigerung bei Großprojekten
Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln vom 24.03.2017, AN/5014/2017 1480/2017
- 17.2 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70447/04
Arbeitstitel: Robertstraße in Köln-Kalk 2008/2017
- 17.3 Gutachterverfahren Rudolfplatz/Habsburgerring, Köln Innenstadt 2181/2017
- 17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend die Aufstellung eines Bebauungsplanes "Rund um die Alteburger Straße" in der Kölner Südstadt (AN/1404/2016);

hier: Stellungnahme zum Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am
15.09.2016
2186/2017

- 17.5 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6642 Sb 2/02 (67428/02)
Arbeitstitel: Kyllstraße in Köln-Neustadt/Süd;
2203/2017
- 17.6 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2016
2289/2017
- 17.7 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum 2017
2406/2017
- 17.8 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung - Vorlagen-Nr. 2181/2016
Beschluss des Rates vom 04.04.2017
2644/2017
- 17.9 Wohnbauvorhaben in Verbindung mit § 34 BauGB in den Stadtbezirken 1 - 9
2590/2017
- 17.10 RheinEnergie-Stadion; hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sowie Beant-
wortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
2813/2017
- 17.11 Kölner Perspektiven 2030
2794/2017
- 17.12 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkon-
zept in Köln
2682/2017
- 17.13 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch
2665/2017
- 17.14 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des be-
schleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB
hier: Vorhabenbezogener Bebauungsplanentwurf Nummer 62554/02
Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord
2584/2017
- 17.15 Berichterstattung "Domplatte - runderneuert" in der Fachzeitschrift Bauwelt
2723/2017
- 17.16 Yitzhak-Rabin-Platz, Sachstand zur Realisierung des Wettbewerbs zur Auf-
wertung eines innerstädtischen Freiraums
2852/2017

17.17 Rheinboulevard Kiosk
2949/2017

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 15.05.2017
2014/2017

24.2 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 10.07.2017
2270/2017

25 Sonstige Vorlagen

25.1 Grundstücksverkauf Urbacher Weg in Köln-Porz
0641/2017

26 Mitteilungen

26.1 Prüfung im Bereich Gesamtstädtische Entwicklungsplanungen
1730/2017

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung 2068/2017 Beantwortung der Verwaltung Hier: Beantwortung von mündlichen Nachfragen von RM Frenzel aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.07.17 2489/2017

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

1.2 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln vom 15.05.2017, betreffend AN/0775/2017 Potentiale zur Linderung der Wohnungsnot in Ballungsräumen durch Ergänzung von Quartieren 2395/2017

Frau Müssigmann vom Stadtplanungsamt teilt mit, dass man zu der vorliegenden Beantwortung noch eine Mitteilung erstelle, die neben dem Stadtentwicklungsausschuss auch den betroffenen Bezirksvertretungen vorgelegt werde.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

1.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 14.06.2017 betreffend die Aufwertung von Plätzen in den Stadtbezirken hier: Zwischeninformation über den Sachstand der Beantwortung AN/0922/2017 2603/2017

RM Frenzel bittet darum, die kurzfristig als Tischvorlage vorgelegte Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung erneut zur Kenntnis vorzulegen.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnsiedlung „Im Mönchsfeld“ in Roggendorf/Thenhoven" AN/1130/2017

Auf Nachfrage von RM Frenzel erläutert die Leiterin des Stadtplanungsamtes Müller, dass die Recherche für eine ausführliche Beantwortung sicherlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde.

Beigeordneter Höing sagt eine schriftliche Beantwortung zu einer der nächsten Sitzung zu.

3 Anträge

3.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!" AN/0993/2017

**Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1049/2017**

**Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gemäß § 13 der GO des Rates
hier: TOP 3.1. AN/0993/2017 und AN 1049/2017 „GAG stärken ...“
AN/1351/2017**

Beschluss über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat betont erneut die dringende Notwendigkeit, dass mindestens neue 6.000 Wohnungen pro Jahr in Köln gebaut werden, um der Wohnungsknappheit in Köln wirksam entgegenzutreten zu können. Er beauftragt die Verwaltung, einen Projektplan zur Erreichung dieser Zielzahl vorzulegen. Auch mietanstiegsdämpfende Mittel wie die Mietpreisbremse müssen geschärft und in Köln weiterhin zur Anwendung kommen.
2. Für die Quartierentwicklung in Köln bekennt sich der Rat zu „gemischten“ Vierteln. Die im Kooperativen Baulandmodell Köln genannte Zielrichtung, im Plangebiet einen Anteil von mindestens 30 % öffentlich geförderten Wohnungen vorzusehen, ist Richtschnur und Ausgangsbasis für die Entwicklung neuer Quartiere in der gesamten Stadt.
3. Für die Sicherung bestehenden bezahlbaren Wohnraums und die Entwicklung neuer Quartiere ist die GAG Immobilien AG ein wichtiger und unverzichtbarer Akteur. Ihrem Satzungsauftrag und öffentlichen Zweck, der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit sicherem Wohnraum zu sozial angemessenen Preisen, kommt die Gesellschaft dadurch nach, dass sie mehr als 100.000 Menschen in Köln, also quasi jedem/r 10. Kölner/in, bezahlbare Wohnungen des Unternehmens zur Verfügung stellt. Auch bei einem Quartiersneubau durch die GAG Immobilien AG gilt jedoch das Ziel gemischter Viertel. Im Interesse „gemischter“ Viertel und einer betriebswirtschaftlich gesunden GAG ist der öffentlich geförderte Wohnungsbau in Köln auf viele Schultern zu verteilen, ungeachtet der Tatsache, dass die GAG bereits jetzt einen wesentlichen Teil davon trägt.
4. Der Rat fordert die Verwaltung auf, die Zielzahlen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau von mindestens 1.000 jährlich zu überprüfen. Bis zum Jahr 2030 wird ein Wegfall von fast 2.500 öffentlich geförderten Wohnungen auf ca. 34.000 prognostiziert – vorausgesetzt, die bisherige Zielzahl von 1.000 neu bezugsfertigen öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr wird erreicht. Angesichts der Tatsache, dass fast jeder zweite Kölner einen Anspruch auf einen Wohnungsberechtigungsschein hätte, ist jedoch auch dies zu wenig. Die Verwaltung wird daher beauftragt, kurzfristig die Voraussetzungen und Möglichkeiten darzustellen, um eine Zielzahl von 2.000 geförderten Wohnungen p.a. zu erreichen.

5. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens und die NRW.BANK werden daher aufgefordert, für Köln weiterhin die benötigten Mittel zur Finanzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, insbesondere Mietwohnungsbau, bereitzustellen.
6. Dessen ungeachtet wird die Verwaltung beauftragt, das Ende 2016 ausgelaufene städtische Wohnungsbauförderprogramm inkl. Sonderprogramm Investitionskostenzuschuss fortzuführen und dem Rat und seinen Fachausschüssen die entsprechenden Beschlussvorlagen unverzüglich vorzulegen.
7. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Kölner Wohnungswirtschaft, insbesondere mit der GAG und den Wohnungsbaugenossenschaften, folgende Instrumente zur Unterstützung der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum - innerhalb des städtischen Wohnungsbauförderprogramms oder ergänzend dazu - zu **prüfen**:
 - a) Stärkere Kooperation zwischen Stadt Köln und GAG Immobilien AG und anderen stadtentwicklungsstrategisch bedeutsamen Bestandshaltern, z.B. durch eine vermehrte Direktvergabe von Grundstücken;
 - b) Preisreduzierungen bei Grundstücksverkäufen oder Erbpachtbestellungen an alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt; Ziel und Auflage sind, in Neubaugebieten einen für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum (insb. Mietzins) zu schaffen. Insbesondere im Zusammenwirken mit der GAG sind dem Ausschuss Soziales und Senioren, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Liegenschaftsausschuss für deren nächste Sitzungen verschiedene Rabattierungsstufen und deren Auswirkungen auf die Miethöhe darzustellen;
 - c) Gestellung zusätzlicher kommunaler Bürgschaften für die kommunalen Wohnungsbauunternehmen und Entwicklungsgesellschaften;
 - d) zusätzliche kommunale Darlehensförderung;
 - e) Prüfung von Kapital- oder Grundstückszuführungen an die GAG, um diese in die Lage zu versetzen, noch mehr Wohnungen zu bauen;
 - f) perspektivisch: Einbeziehung der GAG Immobilien AG und anderer interessierter Kreise in die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts für Grundstücke. Voraussetzung dafür ist die wirkungsvolle Ingangsetzung der vom Rat beschlossenen und kurzfristig umzusetzenden Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechts.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion- abgelehnt.

Beschluss über den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag unter TOP 3.1. wird wie folgt ersetzt:

„Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung, eine zusammenfassende Darstellung der bisher umgesetzten Maßnahmen und Beschlüsse (Satzungen) zur Schaffung von mehr öffentlich-gefördertem und preiswertem Wohnraum für Köln sowie eine Wirkungseinschätzung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke- zugestimmt.

Hinweis:

Der ursprüngliche Antrag der Fraktion Die Linke ist somit als erledigt zu betrachten.

**3.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Neubebauung der Blöcke zwischen Am Hof und Laurenzplatz"
AN/1347/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1352/2017**

Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag wird in Ziffer 4 um folgenden Satz ergänzt:

Es ist öffentlich geförderter Wohnungsbau in Höhe von mindestens 30 % der zu errichtenden Wohneinheiten vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion – zugestimmt.

Ziffer 5, letzter Spiegelpunkt ist wie folgt neu zu fassen:

Die zukünftigen Parkangebote sowie die Optimierung der Erschließung der vorhandenen Tiefgaragen erfolgen im Rahmen der Umsetzung des Verkehrskonzepts für die Altstadt, das nach zu erfolgreicher Bürgerbeteiligung noch abschließend zu beschließen ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke– abgelehnt.

Beschluss zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Eigentümerwechsel der Blöcke zwischen Am Hof, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Marsportengasse und Sporergasse an die Gerchgroup zur Kenntnis und verbindet damit die Erwartung, hier ein gemischtes und urbanes Quartier zu schaffen, das einen würdigen Eingang für die Via Culturalis bildet und den Hinterhofcharakter östlich der Hohe Straße beseitigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2. Im Sinne einer Gesamtquartierentwicklung sollen die beiden im nördlichen Block noch fehlenden Grundstücke in das Projekt integriert werden, um eine angemessene Gesamtlösung zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt.

3. Die Stadt Köln soll die Liegenschaft ihres Kundenzentrums Innenstadt im Rahmen einer Gesamtentwicklung parallel entwickeln. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, dafür ein entsprechendes Nutzungskonzept vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4. Eine städtebauliche Studie wird vom Investor erstellt, in der die Verteilung der Baumassen überprüft und die Höhenentwicklung dargestellt wird. Der momentan angedachte Nutzungsmix von Hotel, Wohnen, Büro und Handel wird ausdrücklich begrüßt. Die detaillierte Verortung der Nutzungen soll in der städtebaulichen Studie dargestellt werden. Diese soll auch prüfen, inwieweit in einem der Blöcke ein modernes Marktkonzept mit kleinen Lebensmittel- und Gastronomieständen zu realisieren ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5. Um das Bauvorhaben angemessen zu qualifizieren, wird nach der städtebaulichen Studie mindestens ein Architekturwettbewerb ausgelobt. Die gesamte architektonische Gestaltung muss sich der umgebenden städtebaulichen und architektonischen Situation anpassen. An den Wettbewerben sind die stimmberechtigten Fraktionen im Stadtentwicklungsausschuss mit Stimmrecht sowie die Bezirksvertretung Innenstadt mit beratenden Stimmen zu beteiligen. Es ist eine breite Beteiligung der Bürgerschaft durchzuführen. In Anlehnung an die Eckpunkte, die städtischerseits bereits erarbeitet worden sind, erfolgt die Neubebauung unter folgenden Maßgaben:

- Bei Neubauten bzw. Umnutzungen ist eine offene Nutzung der Erdgeschosszone straßenseitig vorzusehen. Dadurch soll verhindert werden, dass die Gebäude eine abschottende Wirkung erzeugen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Eine Überbauung der Großen Budengasse wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Auskragungen wie am bisherigen Parkhaus Unter Goldschmied werden abgelehnt. Vielmehr sind die Fluchtlinie einzuhalten und der ungehinderte Blick auf die Südseite des Domes freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Der Laurenzplatz und der Karl-Küpper-Platz sind in ihrer jetzigen Größe zu erhalten. Für letzteren ist ein Gestaltungswettbewerb auszuloben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt.

- Für die denkmalgeschützte Arkade am heutigen Senatshotel ist eine

zeitgemäße Neuinterpretation des Motivs zu finden, die den Angstraum beseitigt. Dabei ist der Denkmalschutz angemessen zu beachten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Oberirdische Parkhäuser werden abgelehnt. Tiefgaragenplätze sollen höchstens adäquat zur Nutzung geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Die Erschließung der vorhandenen Tiefgaragen soll optimiert werden, damit die im Radverkehrskonzept Innenstadt ausgewiesene Fahrradstraße Große Sandkaul-Marspfortengasse und Sporergasse umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Stimmen der SPD-Fraktion- zugestimmt.

6. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Aufstellung eines Bebauungsplanes und der Abschluss städtebaulicher Verträge möglich sind, um die o.g. Ziele zu erreichen. Zugleich wird die Verwaltung gebeten, die Instrumentarien darzustellen, damit der Investor und der Entwickler verpflichtet werden können, das Bauvorhaben zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7. Parallel soll auf die Eigentümer der Parzellen jenseits der Marspforten- und der Sporergasse zugegangen werden, um Maßnahmen zu initiieren, diesen Bereich zusätzlich aufzuwerten und ein adäquates Vis-à-Vis für die neue Bebauung zu bilden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

4.1.1 Der städtebauliche Masterplan für die Innenstadt Köln hier: Beschlussvorlage für die Weiterentwicklung 2358/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Angelegenheit zunächst ohne Votum in die Bezirksvertretung und bittet die Verwaltung, die Beschlussvorlage danach ggf. zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig –bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke- zugestimmt.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Planfeststellungsverfahren für die ICE Neubaustrecke Köln-Rhein/Main - Planfeststellungsabschnitt 13 (Köln-Vingst) 1173/2017

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

5.2 Plangenehmigungsverfahren für die 1. Baustufe des Projekts Elektronisches Stellwerk (ESTW) linke Rheinseite 1768/2017

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

5.3 Planfeststellungsverfahren für die ICE Neubaustrecke Köln-Rhein/Main - Planfeststellungsabschnitt 12 Köln-Kalk 1782/2017

RM Götz kündigt an, dass seine Fraktion sich bei den Tagesordnungspunkten 5.3 und 5.4 dem Votum der Bezirksvertretung Kalk anschließen wolle. Gleichzeitig weist er die Verwaltung darauf hin, dass ein Teil der geplanten Flächen für die Baustelleneinrichtungen nicht mehr zur Verfügung stehen.

RM Frenzel schließt sich dem an und weist zudem auf die Drogenproblematik im Zusammenhang mit den Steinkörben hin. Er bittet darum, die Stellungnahme im Sinne der Ordnung und Sicherheit zu ergänzen.

RM Sterck begrüßt die Darstellung in der Anlage 9 zur Gestaltung der Lärmschutzanlagen. Er weist jedoch auf deren Nutzung durch Sprayer hin. Er fragt, welche Auflagen es an Die Bahn gebe, um die Lärmschutzwände sauber und instand zu halten.

Herr Pütz vom Bauverwaltungsamt stellt dar, dass die Problematik von Graffiti an Lärmschutzwänden immer wieder auftauche. Die Verwaltung könne ihre Stellungnahme natürlich entsprechend ergänzen und um die Instandhaltung der Lärmschutzanlagen bitten. Allerdings sei dies in der Vergangenheit nicht sehr erfolgreich gewesen.

RM Jahn erkundigt sich nach der Möglichkeit, ob man mit Der Bahn über die Gestaltung durch Streetart verhandeln könne.

Herr Pütz teilt mit, dass dies bereits Bestandteil der Beschlussvorlage sei. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, dass Die Bahn irgendwann auf ihr Kostenlimit hinweise.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren für den Planfeststellungsabschnitt 12 der ICE Neubaustrecke Köln-Rhein/Main die in der Anlage 5 beigefügte Stellungnahme mit der Ergänzung in der Anlage 9 abzugeben.

Diese Stellungnahme wird wie folgt ergänzt:

Darüber hinaus fordert die Stadt Köln aufgrund des urbanen Umfelds der bereits vorhandenen Belastung und des deutlichen Heranwachsens der Bahnanlagen an die bestehende Wohnbebauung vom Vorhabenträger eine verbindliche Schaffung ausreichender Lärmschutzmaßnahmen (passiv und aktiv) in hoher Qualität. Minimale Standardlösungen können keine Alternative sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 18 ff des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) für die ICE Neubaustrecke Köln - Rhein/Main, Planfeststellungsabschnitt 11
2454/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren für den Planfeststellungsabschnitt 11 der ICE Neubaustrecke Köln-Rhein/Main die in der Anlage 6 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Diese Stellungnahme wird wie folgt ergänzt:

Die Vorhabenträgerin legt noch vor Baubeginn eine umfassende Verkehrsprojektion vor, welche auf Basis heutiger tatsächlicher Verkehre erstellt und unter Berücksichtigung weiterer Baugebiete in unmittelbarer Nähe (ehemaliger Kaufhof, Robertstraße, ehemaliges Malteser-Gelände etc.) projiziert wird und darlegt, wie sich die Verkehre während der teilweisen und/oder vollständigen, baustellenbedingten Sperrungen der Rolshover Straße und der Trimbornstraße-Taunusstraße entwickeln werden. Hierzu stellt die Verwaltung die ihr vorliegenden Daten, wie zum Beispiel Bauanträge und Bauvoranfragen, aber auch Eigenplanungen zu Straßensanierungsarbeiten und Leitungsarbeiten zur Verfügung. Hierbei sind explizit nicht nur Verkehre durch Kraftfahrzeuge, sondern auch durch zu Fuß gehende und Radfahrende zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Durchführung einer Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Ost-West-Achse zwischen Deutzer Brücke und der Universitätsstraße
1101/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Durchführung einer Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Ost-West-Achse zwischen Deutzer Brücke und der Universitätsstraße"
AN/1349/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Angelegenheit ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln
1120/2017**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**6.3 Neugestaltung der Domumgebung
Städtebauliche Neugestaltung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse
Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung
der Domumgebung
hier: Konkretisierung der Beschlusslage
1495/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Angelegenheit zur Überarbeitung in die Verwaltung. Diese soll zu einer Fachgesprächsrunde unter Einbezug von Vertretern des Stadtentwicklungsausschusses, des Verkehrsausschusses, der Bezirksvertretung Innenstadt und des Dombaumeisters einladen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld;
hier: Vorgaben an die Eigentümerin NRW Urban GmbH & Co. KG zum
Grundstücksverkauf gemäß den Richtlinien des Grundstücksfonds NRW
1733/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlusses:

1. Der Rat beschließt, einer Veräußerung des Grundstückes "Kolb-Halle" (Anlage 1, Flurstücke 524, 565 und 566, Flur 74, Gemarkung Müngersdorf) durch die Eigentümerin NRW.Urban GmbH & Co. KG gemäß den Richtlinien für Ankauf, Freilegung, Baureifmachung und Wiederveräußerung von Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsbrachen im Rahmen des "Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen" und des "Grundstücksfonds Ruhr", an den von NRW.Urban benannten Investor unter den folgenden Voraussetzungen, zuzustimmen.
2. Es ist bei der Veräußerung vertraglich festzuschreiben:
 - das vorliegende Planungs- und Nutzungskonzept (Anlage 3)
 - der Verbleib des Vereins "Wir selbst e. V. " gemäß des Planungs- und Nutzungskonzeptes (Anlage 3)
 - wohnen mit einem Anteil von mindestens 30 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau
 - Realisierung einer mindestens dreizügigen Kindertagesstätte
3. NRW.Urban GmbH & Co. KG wird aufgefordert, die unter Ziffer 2. genannten Nutzungen durch geeignete Instrumente (zum Beispiel Grunddienstbarkeiten) dinglich zu sichern und eine Bauverpflichtung gegenüber dem Investor auszusprechen.

4. **Im weiteren Verfahren sind die Anwohnerinnen und Anwohner weiterhin zu informieren sowie mit ihren Interessen anzuhören und angemessen zu berücksichtigen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig –bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion- zugestimmt.

**6.5 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK)
Hier: Entfristung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung
und Initiativenmanagement im Amt für Stadtentwicklung und Statistik
2020/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat erkennt die große Bedeutung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung und Initiativenmanagement zur nachhaltigen Stabilisierung und Förderung der Kölner Geschäftszentren und Sicherung der Nahversorgung in den Kölner Veedeln an. Um vorhandene Strukturen nachhaltig zu sichern oder zu reaktivieren, aber auch um neue Instrumente wie insbesondere gesetzliche Immobilien- und Standortgemeinschaften zu initiieren, konzeptionell zu unterstützen sowie administrativ umsetzen und begleiten zu können, beschließt der Rat

- zum Stellenplan 2018 die Entfristung der derzeit bis zum 31.12.2017 befristeten Stelle in der Wertigkeit EG 13 TVöD im Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

Die Finanzierung der zu entfristenden Stelle erfolgt wie bisher durch die Fortführung der Aufstockung des Personalkostenbudgets durch die Reduzierung der Sachmittel. Für den städtischen Haushalt entstehen keine zusätzlichen Belastungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf" 2481/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrier-

ten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 2,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021 ff. in Höhe von 2,9 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ **auch unter Einbeziehung der jetzt schon vorhandenen Akteure im Sozialraum.**
- B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
- C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.7 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk" 2488/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

- 4. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ (siehe Anlage 1).
Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
- 5. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für

den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzügen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 3,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 2,4 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.

6. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- D) mit der Umsetzung der Maßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
- E) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
- F) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017 1422/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln beschließt hinsichtlich der überarbeiteten Zielsetzung im „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“:

- Die weitere Förderung der Anschlussteilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V.“ am „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ ab 2017 bis 2020 in Höhe von 10.000 € p.a..
- Das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) ist Bestandteil in der Planung der Kommune zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.9 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Wasseramselweg – Start der Schule bis zum Umzug in den Neubau am benachbarten Interimsstandort Wasseramselweg in anzumietenden Räumlichkeiten zum Schuljahr 2018/19
1711/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

1. Aufbauend auf seinem Grundsatzbeschluss vom 12.05.2015 (Session 1033/2015) zur Aufnahme der Planung zur Errichtung einer Gesamtschule für 6 Züge der Sekundarstufe I und 5 Züge der Sekundarstufe II mit 1-fach Turnhalle und 3-fach Turnhalle am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang beschließt der Rat den zeitnahen Start der neuen Schule am Interimsstandort Wasseramselweg, 50829 Köln, in zunächst angemieteten Gebäuden (schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule zum Schuljahr 2018/19) gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Nach Fertigstellung des Neubaus Wasseramselweg zieht die Schule von ihrem Interimsstandort dorthin um.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 SchulG, dass die Gesamtschule in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG als gebundene Ganztagschule geführt wird.
3. Der Rat der Stadt Köln bittet die Schulkonferenz der Gesamtschule Wasseramselweg bei der Entscheidung über das pädagogische Angebot der Schule das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf von Anfang an zu berücksichtigen.
4. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2018 die Zusetzung von insgesamt 2,3 Stellen Verwaltungsbeschäftigte/r (Schulsekretär/in) EGr. E7 TVöD für die neue Gesamtschule in Vogelsang. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel (ggf. Personal- und/oder Sachkosten) für die schulrechtliche Errichtung und Inbetriebnahme der Gesamtschule am Interimsstandort Wasseramselweg ab Start der Gesamtschule zum Schuljahr 2018/19 und für die Inbetriebnahme des Neubaus auf dem Grundstück Wasseramselweg frühestens ab dem Haushaltsjahr 2022 gemäß den Ausführungen in der Begründung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.
7. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.10 Beschluss einer Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für das Gebiet der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße
2486/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

1. Der Rat nimmt das Ergebnis des Quorums und der Beteiligung der sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt die Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für das Gebiet der Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße gemäß Anlage 3.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - die Abgabe für die Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße bei den abgabepflichtigen Grundeigentümerinnen, Grundeigentümern und Erbbauberechtigten einzuziehen und
 - abzüglich einer Verwaltungspauschale i.H.v. 3 % der beantragten Maßnahmensumme an den Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße e. V. zur Finanzierung der Maßnahmen weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

**7.1 214. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven;
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss
0408/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat

1. stellt fest, dass während der Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) zur 214. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) –Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven– keine FNP-relevanten Stellungnahmen eingegangen sind;
2. stellt die 214. FNP-Änderung —Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven— mit der gemäß § 5 Absatz 5 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 4 beigefügten Begründung inklusive Umweltbericht fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 216. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Mülheim-Süd und Mülheimer Hafen in Köln-Mülheim;
hier: Stellungnahmen zur den Ergebnissen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Vorgabenbeschluss und Kenntnisnahme der Offenlageabsicht
1338/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss,

1. beschließt über die aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Vorschläge zur 216. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) –Arbeitstitel: Mülheim-Süd und Mülheimer Hafen in Köln-Mülheim– (siehe Anlagen 5 und 6);
2. nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung die einmonatige Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit den beigefügten Anlagen im November/Dezember 2017 durchzuführen beabsichtigt;
3. verzichtet auf erneute Vorlage, sofern die Bezirksvertretung Mülheim der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Städtebauliches Planungskonzept

Arbeitstitel: "Nördlich Colonia" in Köln-Neustadt/Nord
Mitteilung über das Ergebnis des Qualifizierungsverfahrens sowie
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
1825/2017

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1354/2017

Änderungsantrag der Gruppe GUT
AN/1353/2017

Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt das Ergebnis des architektonischen Gutachterverfahrens zur städtebaulichen Qualifizierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ‚Nördliche Colonius‘ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. vor dem Hintergrund des Gutachterverfahrens darzustellen, welche Höhe und Ausnutzung verträglich realisierbar ist und beauftragt die Verwaltung mit dem Entwickler die Entwürfe nach den, von der Verwaltung erachteten verträglichen Vorgaben überarbeiten zu lassen und dem SteA vorzulegen.
2. mit der Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach §3 Absatz 1 Baugesetzbuch nach Modell 2 (Abendveranstaltung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss über den Änderungsantrag der Gruppe GUT:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das Ergebnis des architektonischen Gutachterverfahrens zur städtebaulichen Qualifizierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Nördlich Colonius" zur Kenntnis.

Der Stadtentwicklungsausschuss schließt sich dem Punkt 1 des einstimmigen Beschlusses der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 10. Juli 2017 an, und lehnt ebenfalls Ausmaß, Architektur und Nutzungskonzept des Vorhabens ab. Der Stadtentwicklungsausschuss sieht einen Widerspruch zu Ziffer 6.6 der Anlage 3, da z.B.: Zufahrten zum Gebäude das Denkmal „Innerer Grüngürtel“ gefährden.

2. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) nach Modell 2 (Abendveranstaltung).
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Innenstadt ohne Einschränkungen zustimmen.

Der Antragsteller beantragt mündlich folgende Ergänzung:

4. mit dem Entwickler über Größe, Ausstattung und Nutzergruppen der Appartements zu sprechen. Ziel ist dabei verschiedene Nutzungen für alle Bevölkerungsgruppen Kölns anzubieten. Ausschließlich möbliertes studentisches Wohnen anzubieten wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Fraktion Die Linke- abgelehnt.

Beschluss über die so geänderte Beschlussvorlage:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das Ergebnis des architektonischen Gutachterverfahrens zur städtebaulichen Qualifizierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Nördlich Colonius" zur Kenntnis **und beauftragt die Verwaltung:**
2. **vor dem Hintergrund des Gutachterverfahrens darzustellen, welche Höhe und Ausnutzung verträglich realisierbar ist und beauftragt die Verwaltung mit dem Entwickler die Entwürfe nach den, von der Verwaltung er-**

achteten verträglichen Vorgaben überarbeiten zu lassen und dem StEA vorzulegen.

3. **mit der** Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) **nach Modell 2 (Abendveranstaltung).**
4. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Hermes Logistik-Center Hansestraße" in Köln-Rath/Heumar und -Porz-Gremberghoven
1810/2017

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
2278/2017

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Geschäfts- und Wohngebäude Ehrenfeldgürtel 125 in Köln-Ehrenfeld
2417/2017

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Alsdorfer Straße 7 bis 9 in Köln-Braunsfeld/-Ehrenfeld
4258/2016

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**10.5 Damiansweg in Köln-Volkhoven/Weiler; Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
2467/2017**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

**13.1 Beschluss über die Einleitung betreffend der Änderung des Bebauungsplanes 77349/04
Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 4. Änderung
2621/2017**

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 13.1, Beschluss über die Einleitung betreffend der Änderung des Bebauungsplanes 77349/04, Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 4. Änderung AN/1348/2017

Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

3. Die vorgesehenen mobilen Wohneinheiten sind auf 240 Plätze zu beschränken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der SPD-Fraktion – abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss,

1. beschließt das Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplanes 77349/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB für das Gebiet westlich der Gleisanlagen der Deutsche Bahn AG, von der Troisdorfer Stadtgrenze bis südlich des Ortsteiles Wahn, weiter bis zur Frankfurter Straße, entlang der Frankfurter Straße bis Am Linder Kreuz, Am Linder Kreuz bis zur Autobahn A 59, entlang der Autobahn zurück bis zur Frankfurter Straße, Frankfurter Straße in Richtung Süden bis zur Stadtgrenze von Troisdorf, entlang der Stadtgrenze bis zur Deutschen Bahn —Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 3. Änderung— einzuleiten mit dem Ziel, soziale Nutzungen im Gewerbegebiet nördlich der A 59 zuzulassen;
2. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der SPD-Fraktion – zugestimmt.

13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend der Änderung des Bebauungsplanes 76390/02

Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung 2622/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, das Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 76390/02 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB für das Gebiet, das im Norden durch die L 84 (Flughafenzubringer), im Westen durch die Frankfurter Straße, im Osten durch das Autobahnkreuz Flughafen sowie die Antoniusstraße und im Süden durch die Wohnbebauung nördlich der Straße Am Maarhof beziehungsweise den Mühlenweg und die Bartholomäusstraße in Porz-Urbach begrenzt wird –Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung– einzuleiten mit dem Ziel, soziale Nutzungen im Gewerbegebiet zuzulassen;
2. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

14.1 Beschluss über die Teilaufhebung und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanes Nummer 63429/06

Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz 2295/2017

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) eine Teilaufhebung des Bebauungsplanes 63429/06 für die Flurstücke: 274 teilweise; 289 teilweise; 290; 320; 321; 322; 323 teilweise; 324; 325; 326; 327 teilweise und 328 teilweise (alle Gemarkung Kriel; Flur 65) im Kreuzungsbereich Hermeskeiler Straße/
Hermeskeiler Platz/Simmerer Straße in Köln-Sülz –Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz–;
2. die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Model 1 (Aushang).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.2 Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 70451/03 - Einleitungsbeschluss- ;
Arbeitstitel: MHD Gelände in Köln-Kalk
2408/2017**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, das Verfahren zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 70451/03 für das Gebiet östlich der Bahntrasse Köln-Siegburg, südlich der Kalker Hauptstraße und westlich und östlich der Grünebergstraße (Gemarkung Kalk, Flur 23, Flurstücke 106, 105, 107, 108, 39, 38, 84, 37, 67) —Arbeitstitel: MHD-Gelände in Köln-Kalk— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;
2. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1 (Aushang).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

**16.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler;
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

17 Mitteilungen

**17.1 Kostensteigerung bei Großprojekten
Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln vom 24.03.2017,
AN/5014/2017
1480/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.2 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70447/04
Arbeitstitel: Robertstraße in Köln-Kalk
2008/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.3 Gutachterverfahren Rudolfplatz/Habsburgerring, Köln Innenstadt
2181/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend die Aufstellung
eines Bebauungsplanes "Rund um die Alteburger Straße" in der Kölner
Südstadt (AN/1404/2016);
hier: Stellungnahme zum Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt
am 15.09.2016
2186/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.5 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6642 Sb 2/02 (67428/02)
Arbeitstitel: Kyllstraße in Köln-Neustadt/Süd;
2203/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.6 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2016
2289/2017**

RM Frenzel möchte wissen, warum im Jahre 2016 beispielsweise für Park + Ride Plätze oder Fahrradabstellanlagen keine Mittel verwendet worden seien. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob es hierfür zu wenig Bedarf oder keine Planungskapazität gebe. Außerdem möchte er wissen, in welchem Stadium sich die auf Seite 2 der Mitteilung dargestellten Maßnahmen befinden. Er bittet um einen aktuellen Sachstand.

RM Sterck vertritt die Auffassung, dass der Bau einer Tiefgarage unter dem Ebertplatz den städtischen Haushalt und die Steuerzahler nicht belastet hätte. Dies hätte mit den Einnahmen aus den Stellplatzablösemitteln finanziert werden können. Er weist darauf hin, dass in den Bereichen Thürmchenswall, Clever Straße und Theodor-Heuß-Ring künftig jede Menge Parkplätze wegfallen werden. Hierüber sei bei der Ortsbesichtigung mit der Lenkungsgruppe Masterplan berichtet worden.

Herr Pütz vom Bauverwaltungsamt sagt einen Sachstandsbericht zu den aufgeführten Projekten zu. Bezüglich der Mittelverwendung berichtet er, dass hierüber in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses berichtet werde.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.7 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum 2017
2406/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.8 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung - Vorlagen-Nr. 2181/2016
Beschluss des Rates vom 04.04.2017
2644/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.9 Wohnbauvorhaben in Verbindung mit § 34 BauGB in den Stadtbezirken 1
- 9
2590/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.10 RheinEnergie-Stadion; hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sowie
Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
2813/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.11 Kölner Perspektiven 2030
2794/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.12 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilet-
tenkonzept in Köln
2682/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.13 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch
2665/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.14 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des
beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB
hier: Vorhabenbezogener Bebauungsplanentwurf Nummer 62554/02
Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord
2584/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.15 Berichterstattung "Domplatte - runderneuert" in der Fachzeitschrift
Bauwelt
2723/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.16 Yitzhak-Rabin-Platz, Sachstand zur Realisierung des Wettbewerbs zur Aufwertung eines innerstädtischen Freiraums
2852/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.17 Rheinboulevard Kiosk
2949/2017**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Vorsitzender Kienitz schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Kienitz
(Vorsitzender)

gez. Freitag
(Schriftführer)